bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 07 | 30. März 2007

Rechte Szene 2

Aufrüstung im Westen
Die NPD will in Nordrhein-Westfalen ihre bisher löchrigen Strukturen ausbauen.

Deal mit der Justiz
NPD-Funktionäre erhalten mildere Strafen nach Schuldeingeständnis – in der ersten Instanz wurden sie wegen Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

„Herrenlose“ Immobilien
Die „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd.“ in London wurde gelöscht – Jürgen Riegers „Heisenhof“ in Dörverden und das „Schützenhaus“ in Pößneck haben keinen Besitzer mehr.

Bündnis der Antidemokraten
Zwischen „Ausländerrückführung“ und „Querfront“. Der rechtsextreme Vordenker Jürgen Schwab legt ein neues Buch zur Kritik des westlichen Denkens vor.

„Unterdrückte Meinungen“
Der Verleger Werner Symanek mischt wieder bei den rechtsextremen „Unabhängigen Nachrichten“ mit.

Aufmarsch in Erfurt
Freie und NPD gemeinsam zum 1. Mai.

Verfassungsschutz 7

Wachsendes Potenzial
Auftrieb für militante Rechte in NRW.

Grauzone 8

Ärztlicher Scharlatan
Die „Germanische Neue Medizin“ stößt in rechtsextremen Kreisen auf positive Resonanz.

Ausland 9

Traditionspflege
Ehrenkundgebungen für die Waffen-SS.

Demokratische Initiativen 9

Kreativer Widerstand
Mit HipHop-Musik gegen rechts.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Arabische „Gerechte“
In Marokko und Tunesien haben Muslime zahlreiche Juden vor den Nazis und der deutschen Wehrmacht versteckt.

Meldungen 11

Rechte Szene

Aufrüstung im Westen

Die NPD will in Nordrhein-Westfalen ihre bisher löchrigen Strukturen ausbauen.

Im größten Bundesland ist für die Partei bislang nichts zu holen. Die Mitgliederdichte ist mit 750 NPDlern auf 18 Millionen Einwohner gerade einmal halb so groß wie im Bundesdurchschnitt. Und bei den Wahlergebnissen bildet Nordrhein-Westfalen im Bundesvergleich das Schlusslicht. Auf gerade einmal 0,9 Prozent brachte es die Partei bei der Landtagswahl 2005 – sogar zu wenig, um in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung zu kommen. Bei der Bundestagswahl im selben Jahr sprangen gar nur 0,8 Prozent heraus. Obwohl sie auf ihren ersten Listenplätzen mit Parteichef Udo Voigt und dem Deutschlandpakt-Partner Gerhard Frey Rechtsaußen-„Prominenz" präsentierte, lag das Ergebnis der NRW-NPD halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt (1,6 Prozent).

In einer Reihe von Kreisen wurden in den letzten Monaten nun neue Kreis- und Ortsverbände gegründet, darunter in Düren, Siegen, Solingen, dem Rhein-Erft-Kreis, Wesel und Borken sowie Heinsberg. Andere Kreisverbände wurden wiederbelebt, wie der in Dortmund, von dem jahrelang nichts zu hören war und der ganz im Schatten der regionalen Freien-Szene gestanden hatte. Gleichzeitig bemüht sich der Nachwuchs der Szene um einen Wiederaufbau der Jungen Nationaldemokraten auf Landesebene. Neue JN-Gruppen gibt es bereits in Bocholt, Gladbeck, Witten, Essen, Köln und Herford.

Eine größere Rolle sollen auch in NRW künftig die Frauen in der Partei spielen. In Oberhausen bildete sich am 17. März ein Landesverband des „Ring Nationaler Frauen" (RNF) unter Vorsitz der Studentin Susann Graw. Eine ihrer Stellvertreterinnen ist Marion Figge, die aus dem hessischen NPD-Landesverband nach Nordrhein-Westfalen gewechselt war und inzwischen als Beauftragte für Veranstaltungen Aufnahme im NPD-Landesvorstand gefunden hat. Ihre Aufgabe: das Veranstaltungs- und Schulungsangebot auszubauen.

Starker Mann hinter dem blassen und zuweilen unbeholfen wirkenden Landesvorsitzenden Stephan Haase ist sein Stellvertreter Claus Cremer. Er hat auch die Aufgaben des Landesgeschäftsführers und Pressesprechers übernommen und koordiniert die Kontakte mit den parteifreien Neonazis. Diese Kontakte sind nicht nur wegen der organisatorischen Schwäche der Partei im Flächenland Nordrhein-Westfalen wichtig. Auch programmatisch steht die Landespartei den offen neonazistischen Kameradschaften näher als mancher andere Landesverband der NPD. Die NRW-NPD lebe „die von der Parteiführung postulierte Volksfront in besonderer Weise vor", lobte denn auch das Aktionsbüro Westdeutschland in einem Grußwort zum Jahreswechsel und erwähnte nicht nur die Kooperation bei Demonstrationen, sondern auch die finanzielle Unterstützung, die der NPD-Kreisverband Hamm/Unna den örtlichen parteifreien Neonazis habe zukommen lassen.

Besonders eng sind die Kontakte des neuen Dürener NPD-Kreisverbandes zur Freien-Szene. Bei dessen Gründungsfeier sprach unter anderem der Anführer der „Kameradschaft Aachener Land" (KAL), Rene Laube. „Wenn wir Nationalisten 2009 ins Rathaus einziehen, dann hat Düren keinen Platz für alte und neue Kommunisten, alte und neue Volksverräter, alte und neue kriminelle Ausländer, alte und neue Drogendealer und alte und neue Kinderschänder. Dadurch ergibt sich allerdings reichlich Platz für alte und neue Nazis, alte und neue Nationaldemokraten und alte und neue Skinheads", zitiert ihn die KAL.

Logisch ist, dass der Landesverband auch die Neonazi-Demonstration „Gemeinsam gegen Kapitalismus" zum 1. Mai in Dortmund unterstützt. Ergänzend hat sie unter dem Motto „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre" eine Kundgebung in Essen für den 21. April angemeldet. Und auch zu einer Kundgebung am 28. April in Paderborn („Gemeinsam gegen Kapitalismus, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit") ruft sie gemeinsam mit „Freien Kräften" auf.

Antikapitalistische Töne und eine stärkere lokale Verankerung: Das Erfolgsrezept ostdeutscher Landesverbände soll die NPD auch in NRW aus ihrer Misere führen. Dumm nur, aus der Sicht der Partei, dass ihr gerade jetzt in einigen Städten mit den Ablegern der „Bürgerbewegung pro Köln" neue Konkurrenz ganz rechtsaußen erwächst.

Tomas Sager

Deal mit der Justiz

NPD-Funktionäre erhalten mildere Strafen nach Schuldeingeständnis – in der ersten Instanz wurden sie wegen Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Das juristische Nachspiel der Vorkommnisse vom 4. Dezember 2004 rund um eine Wahlkampfveranstaltung der NPD in dem Ort Steinburg in Schleswig-Holstein fand vor dem Landgericht Itzehoe am 22. März 2007 ein Ende. Das Amtsgericht in Itzehoe hatte am 10. Mai 2006 drei Vertreter der NPD, nämlich den damaligen Landesvorsitzenden des nördlichsten Bundeslandes, Ingo Stawitz (56) aus Uetersen, den heutigen Landesvorsitzenden der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster aus Pätow, sowie den seinerzeit als Ordner eingesetzten Mario Indorf (23) aus Hamburg jeweils zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt, weil das Trio sich daran beteiligte, auf eine am Boden liegende Gegendemonstrantin einzutreten und einzuschlagen. Die Frau hatte zuvor Fotoaufnahmen von NPD-Angehörigen machen wollen.

Im erstinstanzlichen Verfahren hatten die Angeklagten noch ihre Tatbeteiligung abgestritten. Da in dem Urteil für die gemeinschaftlich begangene Körperverletzung von einem minder schweren Fall die Rede war, hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Auch seitens der Angeklagten kam es zur Berufung. Der stellvertretende NPD-Fraktionsvorsitzende von Schwerin, der 33-jährige Köster, von TV-Journalisten unmittelbar vor dem Berufungsprozess darauf angesprochen, meinte, er wolle das Verfahren noch einmal aufrollen, „weil ich mich unschuldig fühle“. Er ließ sich von NPD-Anwalt Wolfram Nahrath verteidigen.

Nach Verlesung des Urteils aus der ersten Instanz und der dazugehörigen Begründung machten die prügelnden Nationaldemokraten aber einen „Rückzieher“ und zogen es vor, einen von allen Verfahrensbeteiligten geschlossenen Kompromiss einzugehen und auf eine neuerliche Beweisaufnahme zu verzichten, indem die Angeklagten die ihnen zur Last gelegte Straftat einräumten, die Berufung diesbezüglich zurückzogen und nur noch das Strafmaß anfechten wollten. Dabei wurde das Entgegenkommen erzielt, dass die neu festzulegende Strafzumessung nicht 90 Tagessätze einer Geldstrafe übertreffen sollte. Wegen der nun erfolgten Schuldanerkennung durch die Angeklagten zog auch die Staatsanwaltschaft ihre Berufung zurück. Die dritte kleine Strafkammer des Landgerichts musste daher nur noch ein neues Strafmaß taxieren. Gemäß den nach Angaben der Angeklagten zu Grunde gelegten jeweiligen Einkommensverhältnissen kamen dabei nunmehr drei Geldstrafen zwischen 900 (Stawitz) und 5400 Euro (Köster) heraus und damit die Aufhebung der Bewährungsstrafen. Der für eine Sicherheitsfirma tätige Indorf muss 1350 Euro zahlen. Das Trio ist somit zwar verurteilt, gilt aber nicht als vorbestraft, da es bei den jeweils festgelegten 90 Tagessätzen noch zu keinem Eintrag ins polizeiliche Führungszeugnis kommt. Die Staatsanwaltschaft hatte für das Trio höhere Geldstrafen beantragt.

„Ein anständiger deutscher Familienvater“

Stawitz, heute NPD-Bezirksvorsitzender im Kreis Steinburg-Dithmarschen, gab sich als mittelloser „Hausmann“ aus. Er habe sich zwar mehrfach um eine Tätigkeit bemüht, doch aufgrund seines politischen Engagements sei es nie zu einer Anstellung gekommen. Er unterliege quasi einem „Berufsverbot“. Er hatte als Rechtsbeistand den neuen NPD-Landesvorsitzenden von Hamburg, den bundesweit aktiven und bekannten Anwalt Jürgen Rieger, an seiner Seite, der den ehemaligen Abgeordneten der DVU und später der DLVH (Deutsche Liga für Volk und Heimat) im schleswig-holsteinischen Landtag (1992 bis 1996) als „anständigen deutschen Familienvater“ bezeichnete. Rieger verharmloste die von seinen Gesinnungsgenossen ausgeübte Gewaltorgie, indem er sie lediglich als Reaktion auf die Attacken von Gegendemonstranten, von denen Steine geworfen wurden, darstellte. Er erwähnte natürlich nicht, dass auch Stawitz und Co. zu Steinen griffen, wie auf Fernsehbildern zu sehen war. Erst zwei Warnschüsse eines Polizeibeamten in Zivil hatten damals den Gewaltausbruch der NPD-Aktivisten gestoppt.

Für das neuerliche Verfahren war im Oktober 2006 eigens die Immunität Kösters als Abgeordneter des Schweriner Landtages aufgehoben worden. Unmittelbar nach dem aktuellen Schuldeingeständnis von Itzehoe haben Vertreter der CDU, SPD und PDS Köster aufgefordert, sein Mandat niederzulegen.

Horst Freires

„Herrenlose“ Immobilien

Die „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd.“ in London wurde gelöscht – Jürgen Riegers „Heisenhof“ in Dörverden und das „Schützenhaus“ in Pößneck haben keinen Besitzer mehr.

Der Neonazi-Multifunktionär Jürgen Rieger scheint sich verzettelt zu haben. Erste Anzeichen dafür zeigten sich bereits bei den zahlreichen Prozessen im letzten Jahr, bei denen Rieger entweder junge Neonazis verteidigte oder in eigener Sache vor Gericht stand. Der 60-jährige Rechtsanwalt wirkte im Gerichtssaal unkonzentriert, wurde zunehmend aggressiver und verlor die meisten der Verfahren. 2006 war das Jahr der Niederlagen für Rieger, so verurteilte ihn das Amtsgericht Rotenburg wegen Bedrohung. Auch wurde ihm sein Anspruch auf einen Platz in der NPD in Mecklenburg-Vorpommern verwehrt. Rieger versuchte, auf allen braunen Hochzeiten zu tanzen, stolperte dabei aber über seine Pflichten als Geschäftsführer der britischen „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd“.

Amtsgericht Jena setzt Nachtragsliquidator ein

Weil Rieger den notwendigen Geschäftsbericht der Gesellschaft nicht rechtzeitig vorlegte, löschte das Londoner Registergericht den Eintrag der „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd.“ – und damit die Firma. Auch Riegers Versuch, ein neues Unternehmen als Rechtsnachfolgerin für die Tietjen-Stiftung zu etablieren, scheiterte offenbar. Nach derzeitigem Kenntnisstand habe Jürgen Rieger keine Berichtigung in den jeweiligen Grundbuchämtern beantragt, ließ kürzlich der Nachtragsliquidator Alf-Heinz Borchardt aus Pößneck verlauten. Der Rechtsanwalt und CDU-Stadtrat war vom Amtsgericht Jena eingesetzt worden, um den jetzt „herrenlosen“ Besitz der erloschenen Stiftung zu verwalten.

Seit dem 19. März 2007 ist jegliche Nutzung der Immobilien in Dörverden und Pößneck durch Dritte untersagt. Rieger habe sich mit seiner britischen Briefkastenfirma „in die Niederungen ausländischen Rechts“ begeben und sich „darin verstrickt“, urteilte Liquidator Borchardt gegenüber den „Verdener Nachrichten.“ Den Betreibern von Riegers „Schützenhaus“ in Pößneck in Thüringen überreichte er am 19. März 2007 persönlich die Kündigung des Mietvertrages. Auf dem 23 000 Quadratmeter großen ehemaligen Bundeswehrgelände in Dörverden bei Verden in Niedersachsen, stehen seit dem 20. März immer wieder Polizeifahrzeuge, um das Zutrittsverbot direkt auf dem „Heisenhof“ zu kontrollieren.

In den Niederungen des ausländischen Rechts verstrickt

Borchardt will nun versuchen, die Immobilien für ihren Verkehrswert zu verkaufen. Für das „Schützenhaus“ habe er ein amtliches Gutachten in Auftrag gegeben und sobald dieses vorliege, werde er das Haus auch der thüringischen Stadt Pößneck zum Kauf anbieten, zitiert die „Ostthüringer Zeitung“ den Liquidator. Betroffen ist neben den beiden bekannten Immobilien der Tietjen-Stiftung auch ein „Acker südlich von Bremen“, den es zu verkaufen gilt. Gelingt eine Veräußerung, dann werde der Erlös nach Abzug aller Kosten einschließlich eventueller Gläubigerforderungen beim Amtsgericht Jena hinterlegt, und zwar „für unbekannte Berechtigte“. Rechtsanwalt Borchardt schließt eine „Aneignung durch den jeweiligen Landesfiskus“ dabei nicht aus, wie die „Verdener Nachrichten“ berichten.

Obwohl Rieger insgesamt kein glückliches Händchen für Immoblien zu haben scheint – ein Kaufversuch im oberfränkischen Wunsiedel konnte jüngst verhindert werden und seine Immobilie in der Hamelner Innenstadt verfällt zusehends – macht der umtriebige Neonazi-Anwalt, der mittlerweile auch im Bundesvorstand der NPD sitzt, weiter. So übertrug ihm eine „ältere rechtsgerichtete Dame“ in Rodenberg im Weserbergland ihr Haus mit weitläufigem Gelände. Nebenbei ist Rieger jetzt auch Landesvorsitzender der NPD in Hamburg und ist im Bundesvorstand der rechtsextremen Partei für das „Referat Außenpolitik“ zuständig.

Die Hiobsbotschaft aus Pößneck ereilte den Hamburger Rechtsanwalt Rieger im Urlaub. Gegen den Beschluss des Amtsgerichts Jena können allerdings Rechtsmittel eingelegt werden.

Andrea Röpke

Bündnis der Antidemokraten

Zwischen „Ausländerrückführung" und „Querfront". Der rechtsextreme Vordenker Jürgen Schwab legt ein neues Buch zur Kritik des westlichen Denkens vor.

In den letzten Jahren erschien von deutschen Rechtsextremisten kein programmatisches Werk mehr. Allenfalls erfüllten diesen Anspruch zwei Publikationen von Jürgen Schwab, der seit längerer Zeit im Umfeld der NPD mit geringem Erfolg eine Intellektualisierung vorantreiben will. Seine Bücher „Deutsche Bausteine" (1999) und „Volksstaat statt Weltherrschaft" (2002) enthielten zwar nur Fragmente, aber damit doch Ansätze zu einer politischen Theorie des „Neuen Nationalismus". Jetzt veröffentlichte der studierte Germanist mit „Die 'Westliche Werte-Gemeinschaft'. Abrechnung – Alternativen" im Tübinger Hohenrain-Verlag einen weiteren Band. Er soll ein Beitrag zu einem „geistigen Paradigmenwechsel" im Vorfeld einer „völkisch materiellen Umkehr" (S. 12) sein. Schwab positioniert sich darin klar gegen den demokratischen Verfassungsstaat, benennt Grundprinzipien seiner „nationalrevolutionären Sicht" (S. 271) und formuliert bündnispolitische Optionen in Richtung von Teilen der politischen Linken.

Inhaltlich gegliedert ist das Buch in 16 Kapitel, die sich den unterschiedlichsten politischen Themen widmen. Hierbei geht es um die Frage nach dem Hauptfeind Islam oder USA, eine Abrechnung mit „westlichen Werten", den Feminismus als bürgerliche Ideologie, eine Ablehnung des Parlamentarismus, das beschworene Ende des Kapitalismus oder die Vorstellung von einer „europäischen Großraumordnung". Bei näherer Betrachtung der formalen Darstellung fällt auf, dass Schwab weniger originell ist, als er vorgibt. Häufig referiert der Autor lediglich die Positionen anderer Denker, die dann ablehnend, kritisch oder zustimmend kommentiert werden. Insbesondere der Staatsrechtler Carl Schmitt, der bereits in der Weimarer Republik für eine Ablösung des Parlamentarismus durch ein autoritäres System eintrat, steht bei Schwab hoch im Kurs. Sowohl bei der Kommentierung außen- wie innenpolitischer Fragen bildet er den inhaltlichen Bezugspunkt.

Schwabs Frontstellung gegen die Normen des demokratischen Verfassungsstaates ergibt sich bereits durch seine Ablehnung des Individualismus und der Menschenrechte: „Notwendig wäre der Bruch mit den universalen Menschenrechten. Statt dessen sollten wir – in guter deutscher Tradition – Freiheitsrechte auf eine konkrete Gemeinschaft beziehen" (S. 141). In dieser Perspektive verfügt der Einzelne nicht mehr über Grundrechte, sondern steht in Abhängigkeit von dem jeweiligen Kollektiv. Demgemäß hätte er sich auch unterzuordnen, denn nur die Gemeinschaft ermögliche die sinnvolle Freiheit der Person: „Dabei ist persönliche Freiheit auf die Gemeinschaft auszurichten, dieser letztendlich unterzuordnen" (S. 393). In den Menschenrechten erblickt Schwab nur ein Instrument zur Legitimation der US-Außenpolitik, ohne deren eigenständigen Wert zu erfassen. Außerdem bedauert er: „Die Ideologie der Menschenrechte steht aber der Ausländerrückführung im Wege" (S. 139).

„Die Rechts-Links-Konfrontation überwinden"

Letzteres dürfte ein wichtiger Bestandteil von Schwabs Zukunftsvision sein. Sie knüpft an „die Idee des Volkes als Abstammungsgemeinschaft" an, welche als typisch deutsch zu gelten habe. Deshalb sei auch der Versuch, so der Autor, das „Recht der Nation auf völkische Ausschließlichkeit und die damit verbundene Forderung nach Ausländerrückführung zu kriminalisieren ... zurückzuweisen" (S. 236). Hinsichtlich der eingeforderten Systemalternative bleibt Schwab allerdings eher blass. In seinem immerhin 400 Seiten starken Werk heißt es nur: „In dem System, das uns vorschwebt, gäbe es ein berufsständisches Parlament, das aber nicht die Regierung wählt, nur in Gesetzgebung und Haushaltsfragen Mitbestimmung hätte und öffentlich die Regierung kritisiert" (S. 244f.). Aussagen zu Kontrolle und Legitimation der Politk findet man bei Schwab nicht. Er stimmt allerdings der Aussage von Hans-Dietrich Sander zu, „dass das Volk am besten in einer Person repräsentiert werde" (S. 172).

Schwab wendet sich auch vehement gegen den Parlamentarismus, der über ständige Rückgriffe auf Carl Schmitts Auffassungen verworfen wird. Ganz in dessen Sinne wird auch kein Gegensatz von Demokratie und Diktatur gesehen, solange sich ein entsprechendes System auf den angeblichen Volkswillen stützen könne. In diesem Kontext formuliert Schwab eine bei ihm selten vor-

kommende pro-nationalsozialistische Position: „Gerade die jüngere deutsche Geschichte gibt doch ein Zeugnis davon ab, dass das Volk auch seinen kollektiven Willen durch demokratische Wahlentscheidung oder durch Plebiszit in einer Person vertreten kann, wie dies in der Zeit von 1933 bis 1945 der Fall war“ (S. 251). Trotz dieser Auffassungen hat Schwab nichts dagegen, das Parlament als Tribüne für Agitation zu nutzen: „In diesem Sinne sind auch weitere Wahlerfolge nationaler Parteien zu wünschen – aber natürlich nur deshalb, um eine Bühne zur Systemüberwindung zu bekommen, und nicht, um das System zu betätigen“ (S. 244).

Besondere Beachtung verdienen noch Schwabs bündnispolitische Überlegungen, die sich aus einer kapitalismuskritischen Perspektive ergeben: „Die Ursache für das große Sterben ist das moderne warenproduzierende System“ (S. 13). Dieses würde die Erde in eine Wüste verwandeln. Insofern stelle sich „in Deutschland die Frage, wer für und wer gegen den 'Westen' ist (S. 25). Daher müsse auch die Rechts-Links-Konfrontation überwunden werden. Immerhin gebe es „eine antiamerikanische Linke“ (S. 399), deren Vertreter Schwab insbesondere in einigen „Junge Welt“-Autoren erblickt. Weiter heißt es: „Ebenso erkennen wir in einer antiimperialistischen Linken und nationalstaatlich ausgerichteten Sozialisten unsere naturgemäßen Bündnispartner, mit denen wir langfristig eine Querfront bilden sollten“ (S. 400). Angesichts der Aversionen selbst der dogmatischsten Linksextremisten gegen Rechtsextremisten dürfte aus einer solchen „Querfront“ in beiden Lager allerdings wohl kaum etwas werden.

Armin Pfahl-Traughber

„Unterdrückte Meinungen“

Der Verleger Werner Symanek mischt wieder bei den rechtsextremen „Unabhängigen Nachrichten“ mit.

In jüngster Zeit tauchen in der „Schriftleitung“ der antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ (UN) aus Oberhausen erneut immer wieder Werner Symanek und Josef Klumb auf. Der extrem rechte Verleger Werner Symanek (Verlag und Agentur Werner Symanek) und der Musiker Josef Klumb, der sich selbst als „Individualfaschist“ bezeichnet, pflegen seit Jahren enge Kontakte. So produzierte VAWS Tonträger von Klumb, die dieser mit seiner Band „Von Thronstahl“ veröffentlichte. Ein Stück ist dem rumänischen Faschistenführer Corneliu Codreanu gewidmet. Symanek verlegt und vertreibt seit Mitte der 80er Jahre Bücher mit revisionistischem Inhalt. Themenschwerpunkte des Angebots waren Erkenntnissen des NRW-Verfassungsschutzes zufolge „neben ... der Kriegsschuldleugnung insbesondere die Verunglimpfung von staatstragenden Parteien in Verknüpfung mit dem angeblichen ‘Aushöhlen’ beziehungsweise Abbau von Bürger- und Menschenrechten in der Bundesrepublik“.

Die „Unabhängigen Nachrichten“ erscheinen bereits im 39. Jahrgang monatlich in einer Auflage von rund 10 000 Exemplaren. Zielsetzung der Herausgeber der UN ist es laut Eigenangaben, „die Lücke zu füllen, die durch Manipulation, Lenkung und Zensur entsteht, das heißt Nachrichten und Meinungen veröffentlichen, die von den etablierten und abhängigen Massenmedien unterdrückt, verstümmelt und verschwiegen werden.“ Dahinter steckt die Stoßrichtung, so nordrhein-westfälische Verfassungsschützer, „der Bundesrepublik Deutschland die Eigenschaft eines demokratischen Rechtsstaates abzusprechen“. Zum „Freundeskreis“ haben Informationen des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz zufolge „Personen aus dem gesamten rechtsextremen Lager, vereinzelt auch Neonazis, Kontakt“.

Verantwortlicher „Schriftleiter“ der UN war unter anderem bis zu seinem Tod 2006 der vorbestrafte Neonazi Werner Braun (Pseudonym: Jochen Floth), in den 70er Jahren Kopf der Hitler-treuen „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ (DVG). 1978 übergab Braun, der später ins spanische Exil ging, den Propagandapparat der DVG an den Hamburger Neonazi Christian Worch. Urgestein und weiterhin einer der Macher des im DIN A/4-Form erscheinenden Blattes ist Martin Voigt, Gründungsmitglied des „Freundeskreises Unabhängige Nachrichten e.V.“. Verantwortlich für die Internetpräsentationen der UN (ww.un-nachrichten.de, www.un-archiv.de, www.aufdemstundenplan.de und www.fk-un.de) zeichnet Georg Linke. Szeneinternen Informationen zufolge lebt Linke im spanischen Xinorlet.

Anton Maegerle

Aufmarsch in Erfurt

Freie und NPD gemeinsam zum 1. Mai.

„Es gibt leider keinen Termin in dem gewählten Zeitraum", heißt es auf der Homepage des Berliner NPD-Landesvorstands zum diesjährigen 1. Mai. Dabei hatte die Partei vor wenigen Wochen noch für dieses Datum eine erneute Demonstration in der Berliner Innenstadt angemeldet. Der genaue Ort sollte noch geheim gehalten werden. „Wir haben auch in West-Berlin gute Erfahrungen gemacht", wird der Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckhard Bräuniger im „Tagesspiegel" zitiert. Doch wenige Tage später hatte die Partei die Demonstration wieder abgesagt. Der Verzicht sei taktisch begründet, so Bräuniger. In früheren Jahren meldete die NPD schon zur Verwirrung der Gegner an mehreren Orten Aufmärsche an. Selbst unmittelbar vor dem 1. Mai war oft noch nicht klar, wo demonstriert werden sollte. Auch in diesem Jahr schien diese Taktik geplant und wurde durch eine Kommunikationspanne obsolet. Wer sich bei der NPD nach der genauen Route erkundigte, erhielt gesagt, dass in Berlin gar keine Demo stattfinden soll. Wenig später machte diese Meldung im Internet die Runde und erst danach wurde die Absage bestätigt.

Jetzt soll Erfurt zentraler Ort für den braunen Mai-Aufmarsch werden, den parteifreie Kameradschaften und NPD gemeinsam planen. Die Grundlage für diese Zusammenarbeit hat Christian Worch mit der Absage der alljährlich von ihm geleiteten Demonstration in Leipzig gelegt. Der oft als Gegner der NPD-Führung agierende Worch setzt dieses Mal auf eine Koordination zwischen NPD und parteifreien Kräften. Worchs Kompromissbereitschaft dürfte auch Kritik geschuldet sein, die sein Demotourismus ausgelöst hat, zumal die Aufmärsche immer öfter wegen großer Gegenwehr vorzeitig abgebrochen werden mussten. Auch im mecklenburgischen Neumünster und in Dortmund sind rechte Aufmärsche am 1. Mai geplant. Parteifreie Nationalisten in Nordrhein-Westfalen mobilisieren unterstützt vom NPD-Landesverband, den Jungen Nationaldemokraten und der Niederländischen Volksunion zum „Tag der nationalen Arbeit" nach Dortmund. In dem Aufruf wird unter dem Stichwort „Auf zu neuen Ufern" antikapitalistische Rhetorik mit Angriffen auf die Gewerkschaften verbunden.

Peter Nowak

Verfassungsschutz

Wachsendes Potenzial

Auftrieb für militante Rechte in NRW.

Einen Trend zur „Kommunalisierung" auf Seiten des Rechtsextremismus haben die Verfassungsschützer in Nordrhein-Westfalen ausgemacht. Sowohl „pro NRW" als auch die NPD würden sich bereits jetzt auf die Kommunalwahl 2009 vorbereiten. „Die NPD will über die Rathäuser den Sprung in unseren Landtag schaffen", sagte Innenminister Ingo Wolf bei der Vorstellung des NRW-Verfassungsschutzberichtes für 2006. Eine flächendeckende Verankerung rechtsextremer Parteien in den Kommunalparlamenten sei derzeit jedoch nicht zu befürchten.

Während die NPD bundesweit von 6000 auf 7000 Mitglieder zulegen konnte, blieb die Personenzahl in NRW konstant bei 750. Gleichwohl scheine sich auch hier ein Verjüngungstrend bei den Mitgliedern fortzusetzen. Bei diesen handele es sich vornehmlich um Männer zwischen 20 und 30 Jahren mit überwiegend niedrigem Bildungs- beziehungsweise Schulabschluss. Um 100 Mitglieder geschrumpft – auf 1300 – ist der Landesverband der DVU. Zur Neonaziszene rechnet der NRW-Verfassungsschutz 460 Personen, ein leichter Anstieg gegenüber 2005, zu den militanten Rechtsextremisten und Skinheads 1350 (2005: 1250). Kameradschaften bestehen dem VS zufolge im Kreis Aachen, in Dortmund, im Hochsauerlandkreis/Kreis Siegen, im Rhein-Sieg-Kreis und in Köln. Den Republikanern widmet die Behörde kein eigenes Kapitel mehr. Nach Schlierers Erfolg beim Bundesparteitag im Dezember 2006, als er sich gegen seinen Kontrahenten Clemens durchsetzte, „dürfte nicht nur der langjährige Machtkampf um die konzeptionelle Ausrichtung der Partei entschieden, sondern sogar mit einem Wegbrechen des extremistischen Flügels zu rechnen sein", meinen die Verfassungsschützer.

2990 rechtsextrem motivierte Straftaten wurden im vorigen Jahr gezählt, 445 oder 17,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 285 antisemitische und 758 fremdenfeindliche Straftaten ordnete der VS Rechtsextremen zu. Die Zahl der politisch motivierten Gewaltdelikte Rechter stieg um 28 auf 172.

Tomas Sager

Grauzone

Ärztlicher Scharlatan

Die „Germanische Neue Medizin“ stößt in rechtsextremen Kreisen auf positive Resonanz.

Ungewöhnliche Werbung findet sich in der aktuellen Ausgabe der NS-apologetischen Zweimonatszeitschrift „Recht und Wahrheit“. „Krebs ist heilbar!“, heißt es dort und „viele anderen Krankheiten auch“. Kundensuche per Anzeige betreibt die Sekte „Germanische Neue Medizin“ (GNM). GNM-Gründer ist der einstige Internist und Krankenhausarzt Ryke Geerd Hamer (70), dem 1986 die Approbation entzogen wurde. Hamer, der zuletzt nach Verbüßung einer Haftstrafe im französischen Ste. Genevieve des Bois im „Exil“ im spanischen Alhaurin el Grande wohnte, tauchte im März unter. Angaben von Hamer zufolge soll die Staatsanwaltschaft in Cottbus wegen Volksverhetzung gegen ihn ermitteln. In einem elektronischen Rundbrief an seinen Freundeskreis klagte Hamer: „Es ist inzwischen wieder wie im Mittelalter, als sog. von der Inquisition (heute Gedankenpolizei) angeklagt und regelmäßig hingerichtet wurden.“

GNM, „eine Naturwissenschaft, wie Physik, Chemie oder Biologie“, wurde 1981 von Hamer ins Leben gerufen. Der „Wunderheiler“ war zu der Erkenntnis gelangt, dass jede Krebserkrankung mit einem schweren psychischen „Konflikterlebnisschock“ beginnt und „dass es in dem bisher geglaubten Sinne gar keine gibt“. In rechtsextremen Kreisen stößt Hamers Melange von Pseudo-Medizin, abstrusen Verschwörungstheorien und Antisemitismus auf Zuspruch. Anhänger finden sich im Spektrum der „Kommissarischen Reichsregierungen“, die dem bundesdeutschen Staat seine Legitimität absprechen. Im August 2006 verkündete Hamer selbst, dass er sich „für den Fall des Falles“ bereit erklärt habe, bei einer „legalen Wahl“ für „das Amt des Präsidenten eines Rechtsstaates zu kandidieren, der auf der Basis der Weimarer Republik errichtet werden muss, weil er völkerrechtlich noch immer der einzige legitime Staat ist.“ Die „sog. Bundesrepublik Deutschland“ ist in den Augen Hamers „kein Rechtsstaat“.

Dieser Auffassung wird auch in der bundesweit bekannten rechtsextremen Schulungsstätte „Collegium Humanum“ (CH) im nordrhein-westfälischen Vlotho gehuldigt. Bei der CH-Jahresversammlung im Dezember 2005 fand neben einem Referat des notorischen Antisemiten Horst Mahler ein Vortrag über die „Germanische Neue Medizin“ statt. Andernorts stellte ein Gastreferent bei der rechtsextremen Vereinigung „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) Hamers Buch „Einer gegen alle“ vor.

Gebetsmühlenartig verbreitet Hamer in seinen Schriften die Mär, dass „alle Juden dieser Welt“ die GNM praktizierten, „während alle Nichtjuden gezwungen werden, die dumme alte Schulmedizin mit ihren 5000 Hypothesen zu praktizieren und sich zu 98 Prozent mit Chemo und Morphium umbringen lassen“. Dies sei, so Hamer in einem Schreiben an den damaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, ein „Verbrechen“. „Die Israelis“ hätten sich deshalb „für die nächsten Jahrhunderte aus der ethisch-moralischen Gemeinschaft der Menschen durch Disqualifikation herauskatapultiert“.

Mehrfach machte Hamer in den letzten 15 Jahren Bekanntschaft mit der Justiz (für Hamer „Rabbinergerichte“). 1993 erhielt er eine viermonatige Haftstrafe auf Bewährung, 1997 wurde er von einem Kölner Gericht wegen unerlaubten Praktizierens zu einer 19-monatigen Haftstrafe verurteilt. Wiederholt hatte Hamer Krebspatienten „behandelt“, die danach qualvoll gestorben waren. Das esoterische Schweizer Blatt „Zeitenschrift“, Sprachrohr der rechtslastigen „Universalen Kirche“, bezeichnete das Verfahren gegen Hamer als „Schauprozess“. Ein Jahr zuvor hatte das rechtsextreme österreichische Blatt „Der Jahreskreis“ über die „medizinischen Erkenntnisse“ Hamers berichtet. 2004 verurteilte ein französisches Gericht Hamer wegen Betrugs und der Komplizenschaft bei der illegalen Ausübung einer medizinischen Tätigkeit in Abwesenheit zu drei Jahren Gefängnis. Im September 2004 wurde Hamer in Spanien verhaftet und nach Frankreich ausgeliefert. Postwendend forderte das holocaustleugnende Adelaide Institute in Australien dessen Freilassung. Die NSDAP-treue US-amerikanische Organisation „New Order“ merkte in ihrem elektronischen Weihnachtsrundbrief 2005 an: „Noch ein Holo-Opfer zum Gedenken“. Hamer, so hieß es in der rechtsextremen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“, werde in Frankreich „zu Unrecht gefangengehalten“.

Anton Maegerle

Ausland

Traditionspflege

Ehrenkundgebungen für die Waffen-SS.

In Lettland versammelten sich am 16. März wieder zahlreiche SS-Veteranen und andere Vertreter nationaler Kräfte, um gemeinsam den so genannten „Tag der Legion" zu begehen. Bei den seit 15 Jahren stattfindenden Treffen wird traditionell den gefallenen Kameraden der „Lettischen Legion" gedacht, die zwischen 1943 und 1945 unter dem Banner der Nazis vor allem an der Ostfront gekämpft hatten. Etwa 200 Personen nahmen an einem Gedenkmarsch durch die Innenstadt teil und legten anschließend Kränze am „Freiheitsdenkmal" nieder.

Während der Veteranen-Traditionsverein „Daugavas Vanagi" die lettischen SS-Legionäre als antikommunistische „Freiheitskämpfer" betrachtet, weisen Kritiker auf deren Verstrickung in die Verfolgung und Ermordung von rund 70 000 Juden nach dem deutschen Einmarsch in Lettland 1941 hin. Teile der gefürchteten Strafkommandos der lettischen Sicherheitspolizei gingen später in den „fremdvölkischen" Einheiten der Waffen-SS auf und waren nachweislich an Massenerschießungen und terroristischen Operationen gegen die Zivilbevölkerung beteiligt. Im Zweiten Weltkrieg kämpften über 140 000 Letten auf der Seite der Nazis, die meisten davon in der „15." beziehungsweise der „19. Waffen-Grenadier-Division der SS", die 1943 auf Befehl Hitlers aufgestellt wurden. Trotz internationaler Proteste erhob das lettische Parlament den als Gründungstag der Legion geltenden 16. März 1998 offiziell zum „Tag des Gedenkens des lettischen Kriegers".

Eine weitere Gedenkveranstaltung zu Ehren der Waffen-SS ging bereits eine Woche zuvor in Belgien in der Provinz Antwerpen über die Bühne. Die geheime Kundgebung auf dem Soldatenfriedhof Lommel (Limburg) war mit einem anschließenden Rechtsrock-Konzert in der Nähe der Ortschaft Mechelen gekoppelt und zog rund 500 Rechtsextremisten aus Deutschland, den Niederlanden und Polen an. Organisator war der belgische Arm des Neonazi-Netzwerkes „Blood&Honour."

Michael Funk

Demokratische Initiativen

Kreativer Widerstand

Mit HipHop-Musik gegen rechts.

Wie kann man kreativen Widerstand gegen Rassismus leisten? Diese Frage beschäftigte am 26. März Künstler und Engagierte auf einer Podiumsdiskussion in der Berliner Amadeu Antonio Stiftung. Zahlreiche junge Kreative hatten diese Frage zuvor bereits in Gedichten oder in selbst komponierten HipHop-Stücken beantwortet. Und so wurden auf der Veranstaltung auch die Gewinner des von „Brother Keepers e.V." initiierten HipHop- und Lyrikwettbewerb geehrt.

Der Musiker und Mitinitiator von „Brother Keepers", Adé Bantu, betonte auf der Podiumsdiskussion, dass in einer Zeit, in der Neonazis gezielt junge Leute mit Musik anzusprechen versuchten, kreativer Widerstand sehr wichtig sei. Die Schauspielerin Katja Riemann glaubt dabei, wie sie sagte, an die „Macht und Magie der Kunst". Künstler könnten Menschen mit ihrer Kunst berühren und so in ihnen etwas bewegen. Auch ihr Schauspielkollege Birol Ünel („Gegen die Wand") betonte, es sei gefährlich, dass die Leute wichtige Themen nicht mehr berührten. Der Musiker Torch berichtete, dass, als er angefangen habe, HipHop zu machen, er noch Themen aufgegriffen hätte, die ihn beschäftigten. Dem heutigen HipHop würde dies völlig fehlen. Auch die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, appellierte an Künstler und Intellektuelle, sich bei rechtsradikalen Übergriffen einzumischen. Gemeinsam müsse man sich hinter die Menschenrechte stellen, die auch in Deutschland verletzt würden. Claudia Lohrenscheit vom Deutschen Institut für Menschenrechte hob vor allem den ersten Artikel der Deklaration der Menschenrechte hervor, der auf die Grundsätze Freiheit, Gleichheit und Recht verweise und somit der beste Schutz vor jeder Art von Diskriminierung sei.

Bei der Ehrung der Gewinner des HipHop- und Lyrikwettbewerbs zeigte sich Adé Bantu überwältigt, nicht nur von der Anzahl, sondern auch von der Qualität der Einsendungen. Den Wettbewerb werde es im nächsten Jahr auf jeden Fall wieder geben.

Joachim Wolf

Blick in die Zeitgeschichte

Arabische „Gerechte“

In Marokko und Tunesien haben Muslime zahlreiche Juden vor den Nazis und der deutschen Wehrmacht versteckt.

Alles begann kurz nach dem 11. September 2001. Nach den Angriffen islamistischer Terroristen auf das World Trade Center in New York wollte der amerikanische Historiker Robert Satloff der muslimischen Öffentlichkeit beweisen, dass in der Zeit des Holocausts auch Muslime Juden gerettet haben. Satloff hoffte, damit etwas gegen die Leugnung des Völkermordes in der arabischen Welt tun zu können. Sein Ziel war naiv, die Ergebnisse seiner Forschung geradezu sensationell. Das Institut für Nahostpolitik in Washington, an dem Satloff arbeitet, schickte ihn nach Nordafrika. Dort sollte er versuchen, Judenretter zu finden – wenigsten einen.

Satloff begann mit seiner Suche zuerst im Internet und dann vor Ort in der tunesischen Hauptstadt Tunis. Dort hörte er von einem Mann namens Khaled Abdelwahab, der eine große jüdische Familie auf seiner Farm in der Nähe des Mittelmeers vor den Nazis und der deutschen Wehrmacht versteckt habe. Satloff suchte nach Zeugen und fand sie auch, unter anderen einen tunesischen Juden, der während der deutschen Besetzung Tunesiens 13 Jahre jung war und zu den Geretteten gehörte. In einem anderen Fall warnte ein Muslim eine jüdische Frau, sie solle am nächsten Tag von deutschen Soldaten abgeholt und in ein Bordell gezwungen werden. Auch diese Frau wurde von einem Muslim in Sicherheit gebracht. Andere Muslime warnten Rabbiner vor Razzien und sogar wichtige Kommunalpolitiker beteiligten sich an solchen Rettungsaktionen. An ihrer Spitze sollte der Bürgermeister der Hauptstadt Tunis genannt werden, der 60 aus einem Arbeitslager geflüchtete Juden bei sich versteckt hielt.

Schließlich fand Satloff Nissim Zvili, der aus Tunesien stammt, später nach Israel auswanderte und sein Land lange als Botschafter in Frankreich vertrat. Auch er hat sein „Leben einem arabischen Muslim zu verdanken“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) Mitte März berichtete. Zvili war damals ein Jahr jung, kann sich selbstverständlich nicht mehr erinnern. „Aber die Tatsache, dass uns Juden ein Araber geholfen hat, hat mich mein ganzes Leben geprägt“ erzählte er dem Israel-Korrespondenten der SZ, Thorsten Schmitz.

Die Geschichten von arabischen Rettern sind in dreifacher Hinsicht historisch wichtig. Erstens beweisen sie der muslimischen Welt, dass der Holocaust keine Erfindung der Juden ist, wie in der arabischen Welt gern behauptet wird. Zweitens zeigen sie, dass es arabische „Gerechte der Völker“ gegeben hat, wie nichtjüdische Judenretter in Israel heißen. An sie wird seit Jahrzehnten mit einem Baum in der „Allee der Gerechten“ in der Gedenk- und Forschungsstätte Yad Vashem in Jerusalem erinnert. Schließlich verliert das bisher als makelfrei geltende deutsche „Afrika-Korps“ seine Unschuld. Von ihrem obersten Befehlshaber Generalfeldmarschall Erwin Rommel hatte es immer geheißen, in seinem Herrschaftsbereich sei den Juden nichts geschehen. Die aus dem Arbeitslager geflohenen Juden, die Jüdin, die in ein Nazibordell verschleppt werden sollte und die Rettungsaktionen von Khaled Abdelwahab beweisen, dass auch in Marokko und Tunesien Juden verfolgt worden sind. Vernichtungslager freilich gab es, soweit wir heute wissen, nicht.

Ein Baum in der „Allee der Gerechten“

Khaled Abdelwahabs segensreiches Wirken erfuhr Satloff von der tunesischen Jüdin Anny Boukris, die später in die USA übersiedelte und erst vor kurzem gestorben ist. Sie hatte sich nach einem Internetaufruf Satloffs gemeldet. Das Gesprächsprotokoll ist 83 Seiten lang und in jeder Hinsicht glaubwürdig. Der wohlhabende Tunesier habe gute Kontakte zur deutschen Wehrmacht gehabt und auf diese Weise viel von deren Plänen erfahren. So konnte er Juden vor Deportationen warnen. Dass er sich selbst dadurch in Gefahr gebracht hat, davon ist Anny Boukris überzeugt. Schließlich sei er oft Gast ihrer Eltern gewesen, besonders freitags zum Schabat.

In Yad Vashem wird derzeit alles überprüft, was Satloff über die Judenretter herausgefunden haben will. Sein Dossier hält er für überzeugend und ist sicher, dass Yad Vashem das ebenso sieht. 21 700 Personen sind dort mittlerweile als nichtjüdische Judenretter anerkannt worden.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Abrechnung mit dem „Szenepöbel“

Hamburg – Die von einem Ausschluss bedrohte ehemalige Hamburger Landesvorsitzende der NPD, Anja Zysk, hat ihren Austritt aus der Partei erklärt. Zysk, die zuletzt noch NPD-Kreisvorsitzende in Hamburg-Harburg war, schreibt in ihrer Austrittserklärung, die NPD sei „in keinster Weise politikfähig“. Die gegenwärtige Parteiführung fördere „systematisch Intrigantentum, Verbonzung und Korruption“. Wer eigenständig denke oder es gar wage, Kritik an den Parteioberen zu üben, werde „zum ‚Parteischädling’ erklärt und nach stalinistischer Manier systematisch herausgesäubert“. Als Folge der gegenwärtig praktizierten „Minusauslese“ entwickele sich die NPD immer mehr zu einem „Sammelbecken von intellektuell und moralisch Minderwertigen“, meint Zysk. Sie sei nicht länger bereit, so schreibt sie mit Blick auf den neuen Landesvorsitzenden Jürgen Rieger und dessen Anhängerschaft aus der Skinhead-Fraktion der Hamburger NPD, „meine kostbare Zeit mit solchen skurrilen Gestalten wie Samenbank-Rieger und seinem dem angelsächsischen Lumpenproletariat nacheifernden Szenepöbel zu verschwenden“. (ts)

„Politisches Erdbeben an Rhein und Ruhr“

Dormagen – Nach Gelsenkirchen und Bottrop sollen sich nun auch in Düsseldorf, Bonn und Dormagen Ableger der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung pro Köln“ bilden. Auch in zwei Großstädten des Ruhrgebietes stehe man vor der Bekanntgabe konkreter Schritte. Dies teilte „pro NRW“, der Dachverband der so genannten lokalen „Bürgerbewegungen“ nach seiner ersten öffentlichen „Großveranstaltung“ mit. Zu dem Treffen in Dormagen waren am 25. März nach Angaben von „pro NRW“ mehr als 150 „Stadträte, Bezirksvertreter und andere lokalpolitisch tätige Aktivisten aus dem rechten demokratischen Spektrum Nordrhein-Westfalens“ gekommen. Ausweislich der von „pro NRW“ veröffentlichten Fotos dürfte sich die Teilnehmerzahl aber nur bei etwas mehr als der Hälfte bewegt haben. Der „pro Köln“- und „pro NRW“-Vorsitzende Markus Beisicht erklärte, man wolle „bei der Kommunalwahl 2009 an Rhein und Ruhr für ein politisches Erdbeben sorgen“. Dann sei auch „ein neues, breit angelegtes patriotisches Bündnis für die Landtagswahl 2010“ eine realistische Option. Neben Beisicht referierte bei der Veranstaltung auch der Mitherausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Nation&Europa“ Harald Neubauer. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de